

„Die Entscheidung fiel im Staatsministerium“

Der „Schwarze Donnerstag“ im Stuttgarter
Schlossgarten, der Untersuchung-
Ausschuss und die Konsequenzen für
Demokratie und Rechtsstaat

Weinheim, 8. Februar 2011

Uli Sckerl MdL

Was ist ein Untersuchungsausschuss?

- „Schärfste Waffe“ des Parlaments?
- Holpriger Weg bis zur Einsetzung
- Der Einsetzungsbeschluss blockiert eine umfassende Aufklärung
- Die Rolle der Regierung
- Über Akten und Protokolle, „die Füße kriegen“
- Die Einsamkeit des Grünen im UA

Etwas Ausschuss - Statistik

- 13 Sitzungen
- 100 Stunden Sitzungsdauer
- 65 Zeugen
- 5.000 Seiten Akten und Dokumente
- 100 Stunden Vor- und Nachbereitung
- 30 Stunden Medieninformation
- 600 Seiten Abschlussbericht

Der Einfluss der Politik auf das Geschehen in Stuttgart

- Gezielte Stimmungsmache gegen die Bürgerbewegung
- Der „Fehdehandschuh“ und die „Berufsdemonstranten“
- Die Polizei wird unter Druck gesetzt
- Abschied von der bewährten „Stuttgarter Linie“ – „Offensives Vorgehen“

Die Rolle des Staatsministeriums – ein Lehrstück fürs „Ländle“

- Mappus mischt sich ein und macht Druck
- Mappus` demonstrativer Auftritt am 20.9. im Polizeipräsidium
- Wenige Stunden später: Der Einsatz wird konkret geplant
- Regierungserklärung ohne Alternative
- Der Innenminister und sein Stab schlagen sich in die Büsche



Mappus selbst entscheidet am 29.9.2010

- Mappus lädt zu entscheidender Sitzung
- Polizei legt zwei unterschiedliche Konzepte vor
- Mappus entscheidet sich für den „Überraschungseffekt“
- Polizeieinsatz trotz ungeklärter Risiken
- Politik übernimmt Führung bei Polizeieinsatz



Risiken des Polizeieinsatzes

- Große Demonstration der „Jugendoffensive gegen „21“
- Mitführen von Wasserwerfern signalisiert Bruch mit der „Stuttgarter Linie“
- Deeskalationsteams werden abgezogen
- Anfordern von „robusten“ Einsatzkräften der Bundespolizei
- Konzept mit „heißer Nadel“ gestrickt

Ein Einsatz außer Rand und Band

- „Überraschungseffekt“ misslingt
- Später als die Polizei erlaubt
- 2.000 statt 100 Demonstranten
- Abbruch dennoch verworfen
- Einsatzziel nur mit massivem Einsatz von Wasserwerfern, Pfefferspray u.a. erreichbar
- Fehlende Verhältnismäßigkeit

„Schwarzer Donnerstag“

- Mehrere Hundert verletzte Menschen, darunter auch Polizisten
- Herr Wagner verliert sein Augenlicht
- Traumatisierte Jugendliche, verstörte Senioren
- Massiver Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray
- Ansehen der Polizei schwer beschädigt



Die CDU missbraucht die Polizei

- Beim Konflikt um „S21“ wird die Polizei in die Rolle des Prügelknaben gedrängt
- Der massive Stellenabbau bringt die Polizei an ihre Grenzen
- Besonnene Polizeiführer werden übergangen
- CDU nimmt massiven Einfluss auf Besetzung aller Führungspositionen

Die „Erkenntnisse“ von CDU & FDP

- Landesregierung hat alles richtig gemacht
- Keine politische Einmischung
- Polizeieinsatz war rechtmäßig
- „S21-Gegner stellen ihr eigenes Rechtsempfinden über geltendes Recht“
- Gewaltbereitschaft der Bürger ist für den „Schwarzen Donnerstag“ verantwortlich

Schwarz-gelbe Empfehlungen Folge 2

- Mehr politische Bildung, denn „Schüler haben keine „ausreichende Kenntnis ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“
- Verbot der Teilnahme an Demonstrationen während der Unterrichtszeit
- Enquetekommission statt sofortige Konsequenzen bei der Bürgerbeteiligung

Grün-rote Empfehlungen

- Politische Verantwortung liegt bei Mappus
- Minister Rech ist abgetaucht
- Über Mappus und Rech entscheidet der Souverän
- Stuttgarter Polizeipräsident soll gehen
- Weitere Aufklärung aller Fakten
- Weitreichende politisch-sachliche Konsequenzen

Bewältigung des 30.9.2010

- Regierungsfraktionen verhindern kritische Würdigung durch den U-Ausschuss
- Über 300 Strafanzeigen gegen Landesregierung, Polizeiführung u.a.
- Finden objektive Ermittlungen statt?
- Die Schlüsselfragen:
Versammlungsrecht gegen Polizeigesetz?
Wasserwerfer okay? Geht Baurecht vor?

Aus Stuttgart lernen!

- „Stuttgart 21“ steht nur stellvertretend für gravierende Defizite der Bürgerbeteiligung
- „S21“ aktuell: Kein Baustopp, nichts gelernt
- Ende der „Basta -Politik“ notwendig
- Wir stehen vor wichtigen Infrastruktur-Entscheidungen

Alle Macht geht
vom Volke aus!

- Mehr Demokratie wagen
- In Zukunft Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe
- Runde Tische und bei Bedarf Mediation von Anfang an, auch über das „ob“ und „wie“
- Erleichterung von Bürger- und Volksentscheiden
- Das Land muss hierfür den gesetzlichen Rahmen schaffen

Bürgerrechte, Versammlungsfreiheit

- Bürgerrechte brauchen größeren Respekt in Konfliktsituationen
- Insbesondere besserer Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung
- Baden-Württemberg braucht ein modernes bürgerfreundliches Versammlungsrecht
- Verpflichtung zu Deeskalation
- Revision der PDV für Zwangsmittel

Verhältnis Polizei - Bürger

- Polizei muss raus aus der Rolle des Prügelknaben
- Neues Leitbild einer „Bürgerpolizei“
- Kodex zum Respekt für Polizisten
- Besserer Schutz der Polizei vor Angriffen notwendig
- Kennzeichnungspflicht von Polizei pragmatisch handhaben
- Transparenz für Bürger stärken

Das tun Grüne für die Polizei

- Angemessene Ausbildung, Besoldung und Ausstattung
- Zweigeteilte Laufbahn
- Stopp des Stellenabbaus, Verstärkung des „Einstellungskorridors“
- Stärkung der Polizeipräsenz in der Fläche
- Einstellung von Polizisten mit Migrationshintergrund

Grundzüge grüner Innenpolitik

- In einer weltoffenen Gesellschaft in Sicherheit leben
- Handlungsfähiger Staat mit Polizei als Garant für Sicherheit und Grundrechte
- Strikte Beschränkung staatlicher Eingriffe in Persönlichkeitsrechte
- Stärkung einer unabhängigen Justiz
- Mehr Demokratie wagen

JETZT!

